



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Lorsch

Lorsch, 2003-02-16

Pressemitteilung

In Sorge um die Lorsch Postagenturen
SPD-Vorstand schreibt an die Deutsche Post AG

Privatisierung sei einerseits zu begrüßen, kapitalistische Methoden zur Ausbeutung aber abzulehnen, wurde im SPD-Vorstand diskutiert. Gemeint war das Vorgehen der Deutschen Post AG gegenüber den Betreibern der Postagenturen. Die SPD ist in Sorge, dass die Bevölkerung in der Zukunft nicht ausreichend mit postalischen Diensten versorgt sein könnte. Sie zeige kein Verständnis für das Vorgehen dieses privaten Monopolisten, so Vorsitzender Peter Velten. Man könne den Agenturbetreibern eine Kürzung der Kostenerstattung von bis zu 30 Prozent nicht zumuten, da ihre Existenz bedroht werde. Wenn sie aber schließen würden, würden auf der einen Seite Arbeitsplätze vernichtet, auf der anderen Seite hätten die Lorsch kein ausreichendes Postangebot mehr. Das sei um so bedauerlicher, da durch die Privatisierung Öffnungszeiten geschaffen worden seien, die man als durchaus kundenfreundlich bezeichnen könne. Das habe dazu geführt, dass die Postagenturen in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz hätten. Eine Änderung der jetzigen Regelung stoße auf kein Verständnis. Die SPD bittet in ihrem Brief die Post, das Vorgehen bezüglich der Änderungskündigung noch einmal zu überdenken, die Kündigung zurückzuziehen und sich darum zu kümmern, dass die Versorgung der Lorsch Bevölkerung mit Postdiensten gewährleistet bleibt.